

Anfrage Cahenzli-Philipp betreffend Gefährdungsmeldungen im Kinderschutz

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Graubünden hat den gesetzlichen Auftrag, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu schützen, wenn sie aufgrund ihres Alters, einer Krankheit, einer Behinderung oder einer schwierigen Lebenssituation ihre Interessen nicht selbst wahrnehmen können.

Die KESB erfüllt ihren Auftrag, indem sie Gefährdungsmeldungen abklärt, die persönliche Situation der betroffenen Personen beurteilt und bei Bedarf geeignete Schutzmassnahmen anordnet.

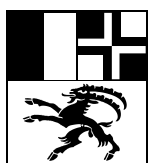
In der Jahresrechnung 2025 des Kantons wird unter 3150 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ausgeführt, dass die Zahl der neu eingegangenen Gefährdungsmeldungen im Kinderschutz auf einen neuen Höchststand gestiegen ist. Damit wird ein Trend weitergeführt, der seit der Coronapandemie zu erkennen ist. Meldungen im Kinderschutz sind komplex, zeitintensiv, oft sehr dringlich und mit einer hoher Hilfsbedürftigkeit verbunden.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt die Regierung die Entwicklung der Gefährdungsmeldungen im Kinderschutz ein?
2. Wie haben sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Gefährdungsmeldungen im Kinderschutz, die Anzahl der bearbeiteten Fälle sowie die personellen und finanziellen Ressourcen der KESB entwickelt?
3. Welche Auswirkungen haben steigende Fallzahlen in Bezug auf die zeitliche Bearbeitung sowie die Qualität der Fallbearbeitung und was kann das für Familien bedeuten?
4. Mit welchen präventiven Unterstützungsangeboten (z. B. sozialpädagogische Familienbegleitung) können Folgekosten vermieden werden, indem Gefährdungssituationen früher erkannt und entschärft werden?

Chur, 17. Juni 2026

Cahenzli-Philipp, Holzinger-Loretz, Haltiner, Atanes, Bachmann, Bardill, Baselgia, Beeli, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Cola, Danuser (Chur), Degiacomi, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Hoch, Kaiser, Kienz, Kreiliger, Maissen, Mazzetta, Messmer-Blumer, Müller, Nicolay, Oesch, Preisig, Rageth, Said Bucher, Schläpfer, Ulber, von Ballmoos, Zanetti Marion (Landquart), Zaugg-Ettlin, Zindel



Sitzung vom

25. August 2026

Mitgeteilt den

27. August 2026

Protokoll Nr.

576/2026

Anfrage Cahenzli-Philipp

betreffend Gefährdungsmeldungen im Kindesschutz

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Von 2016 bis 2021 entwickelte sich die Anzahl der eingegangenen Gefährdungsmeldungen im Kindesschutz weitgehend stabil. Seit 2021 ist aber ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. So gingen im Jahr 2021 total 339 Gefährdungsmeldungen ein, im Jahr 2025 waren es 523. Dies entspricht einer Zunahme von 54 %. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf den Arbeitsaufwand aus, da die Bearbeitung eines Kindesschutzfalles im Durchschnitt rund 40 % aufwendiger ist als jene eines Falles im Erwachsenenschutz.

Zu Frage 2: Siehe Antwort auf Frage 1. Gemäss Art. 446 ZGB ist die KESB verpflichtet, jede Gefährdungsmeldung von Amtes wegen zu prüfen und zu bearbeiten. Kantonsweit führt rund die Hälfte aller Gefährdungsmeldungen zur Anordnung einer behördlichen Massnahme. Entsprechend blieb die Anzahl der von Kindesschutzmassnahmen betroffenen Minderjährigen im gleichen Zeitraum nahezu unverändert (+2 %). Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass Kindesschutzmassnahmen mit Erreichen der Volljährigkeit von Gesetzes wegen enden oder – sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind – in eine Massnahme des Erwachsenenschutzes überführt werden. Im selben Zeitraum erhöhte sich der Personalbestand der KESB Graubünden um 14,8 % – von 45,4 Vollzeitäquivalenten (FTE) im Jahr 2016 auf 52,1 FTE im Jahr 2025.

Zu Frage 3: Mit den steigenden Fallzahlen werden die personellen Ressourcen der KESB Graubünden zunehmend knapp. Dies kann sich sowohl auf die Bearbeitungsdauer als auch auf die Fallbearbeitung auswirken. Verfahren können sich verlängern, und es werden vermehrt Priorisierungen erforderlich. Für betroffene Kinder, Jugendliche und Familien kann dies längere Wartezeiten bis zum Entscheid über notwendige Kindesschutzmassnahmen bedeuten. Gleichzeitig bleibt es das Ziel der KESB Graubünden, die gesetzlich vorgeschriebenen Abklärungen sorgfältig durchzuführen sowie den Schutz und die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen jederzeit sicherzustellen. Damit dieser Auftrag auch bei weiter steigenden Fallzahlen in der erforderlichen Qualität erfüllt werden kann, sind ausreichende personelle Ressourcen erforderlich.

Zu Frage 4: Ein wirksamer, verhältnismässiger und kosteneffizienter behördlicher Kinderschutz setzt voraus, dass vorgelagerte, freiwillige Unterstützungsangebote in ausreichender Qualität und Quantität zur Verfügung stehen. Solche niederschwelligen Angebote ermöglichen es, Kinder, Jugendliche und Familien frühzeitig zu unterstützen und Schwierigkeiten nach Möglichkeit ausserhalb eines behördlichen Verfahrens anzugehen. Dadurch wird der Grundsatz der Subsidiarität gestärkt, wonach behördliche Massnahmen erst dann angeordnet werden, wenn freiwillige Hilfen nicht ausreichen. Die in den vergangenen Jahren ausgebauten vorgelagerten Unterstützungsangebote leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Dazu zählen insbesondere die Schulsozialarbeit, die schulischen Heilpädagoginnen und -pädagogen, Beratungstelefone, Opferberatungsstellen, der Jugenddienst der Kantonspolizei, regionale Elternberatungen sowie weitere Fachstellen. Diese Angebote unterstützen subsidiär zahlreiche Kinder, Jugendliche und Familien, bevor ein Einschreiten der KESB Graubünden überhaupt erforderlich wird. Insbesondere im Churer Rheintal wurden diese Unterstützungsangebote in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Ohne diese Unterstützungsangebote wäre die Anzahl Gefährdungsmeldungen noch stärker angestiegen. Gleichzeitig haben viele Familien Schwierigkeiten, das für ihre Situation passende Beratungsangebot zu finden. Die Vielzahl an Angeboten mit z.T. ähnlichen Bezeichnungen und sich überschneidenden Zuständigkeiten erschwert die Orientierung. Zudem überlagern sich die Problemlagen häufig und Betroffene können die Ursachen oder den Unterstützungsbedarf nicht eindeutig benennen. Ein integrales Familienberatungszentrum mit klar definierten Kompetenzen könnte deshalb als erste Anlaufstelle dienen. Es könnte eine erste Einschätzung der Situation vornehmen, die Problemlage gemeinsam mit der Familie klären und eine erste Triage durchführen. Bei Bedarf würden die betroffenen Familien oder Kinder sowie Jugendliche gezielt an spezialisierte Fachstellen weitervermittelt. Handlungsbedarf besteht insbesondere im Bereich der Beratung und Unterstützung bei Besuchsrechtskonflikten. Betroffene Eltern benötigen frühzeitig eine rasche und verbindliche Beratung, bevor sich Konflikte verfestigen und chronifizieren und Kinder dadurch nachhaltig belastet werden. Ein mögliches Vorbild ist das Zentrum für Familien in Trennung in Bern. Zudem besteht in verschiedenen das Kindeswohl betreffenden Bereichen ein Bedarf an Beratungs- und Informationsangeboten in der jeweiligen Landessprache bzw. Muttersprache der betroffenen Familien. Nur so kann sichergestellt werden, dass Informationen verstanden und Unterstützungsangebote tatsächlich in Anspruch genommen werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Bühler

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Cahenzli-Philipp concernent las annunzias da periclitaziun en la protecziun d'uffants

L'Autoritad per la protecziun d'uffants e da creschids (APUC) dal Grischun ha l'incumbensa legala da proteger uffants, giuvenils e persunas creschidas, sch'els na pon betg defender sezs lur interess pervia da lur vegliadetgna, d'ina malsogna, d'in impediment u d'ina situaziun da vita difficila.

La APUC ademplescha sia incumbensa cun sclerir las annunzias da periclitaziun, giuditgar la situaziun persunala da las persunas pertutgadas ed ordinar mesiras da protecziun adattadas en cas da basegn.

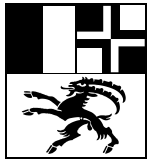
En il quint annual 2025 dal chantun vegni explitgà sut 3150 Autoritad per la protecziun d'uffants e da creschids, ch'il dumber da las novas annunzias da periclitaziun en la protecziun d'uffants è s'augmentà sin in nov maximum. Uschia vegn cuntinuada ina tendenza ch'è da percorscher dapi la pandemia da corona. Annunzias en la protecziun d'uffants èn complexas, intensivass areguard il temp, savens fitg urgentas e colliadas cun in grond basegn d'assistenza.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders supplitgeschan la Regenza da responder las suandantas dumondas:

1. Co valitescha la Regenza il svilup da las annunzias da periclitaziun en la protecziun d'uffants?
2. Co èn sa sviluppads ils ultims 10 onns il dumber da las annunzias da periclitaziuns en la protecziun d'uffants, il dumber dals cas elavurads sco er las resursas persunalas e finanzialas da la APUC?
3. Tge consequenzas ha l'augment dal dumber dals cas areguard l'elavuraziun temporala sco er la qualitat da l'elavuraziun dals cas e tge po quai signifitgar per famiglias?
4. Cun tge purschidas da sustegn preventivas (p.ex. accompagnament pedagogic-social da famiglia) pon vegnir evitads custs consecutivs cun percorscher e neutralisar pli baud situaziuns da periclitaziun?

Cuira, ils 17 da zercladur 2026

Cahenzli-Philipp, Holzinger-Loretz, Haltiner, Atanes, Bachmann, Bardill, Baselgia, Beeli, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Cola, Danuser (Cuira), Degiacomi, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Hoch, Kaiser, Kienz, Kreiliger, Maissen, Mazzetta, Messmer-Blumer, Müller, Nicolay, Oesch, Preisig, Rageth, Said Bucher, Schläpfer, Ulber, von Ballmoos, Zanetti Marion (Landquart), Zaugg-Ettlin, Zindel



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

25 d'avust 2026

27 d'avust 2026

576/2026

Dumonda Cahenzli-Philipp

concernent las annunzias da periclitaziun en la protecziun d'uffants

Resposta da la Regenza

Tar la dumonda 1: Dals onns 2016 fin 2021 è il dumber da las annunzias da periclitaziuns inoltradas sa sviluppà per gronda part stabil en la protecziun d'uffants. Dapi l'onn 2021 datti dentant in cler augment. L'onn 2021 èn vegnidas inoltradas totalmain 339 annunzias da periclitaziun, l'onn 2025 èn quai stadas 523. Quai è in augment da 54 %. Quest svilup ha er in effect sin la lavur impundida. D'elavurar in cas da la protecziun d'uffants chaschuna numnadamain en media circa 40 % dapli lavur che quella d'in cas en la protecziun da creschids.

Tar la dumonda 2: Guardar resposta a la dumonda 1. Tenor l'art. 446 CCS è la APUC obligada d'examinar e d'elavurar uffizialmain mintga annunzia da periclitaziun. En l'entir chantun maina var la mesadad da tut las annunzias da periclitaziun ad in'ordinaziun d'ina mesira uffiziala. Correspudentamain è il dumber da personas minorennas pertutgadas da mesiras da la protecziun d'uffants restà quasi il medem durant la medema perioda (+2 %). Quai è d'attribuir tranter auter al fatg, che mesiras per la protecziun d'uffants fineschan tras lescha, cura che l'uffant cuntanscha la maiorennetad u ch'ellas vegnan transferidas en ina mesira dal dretg da la protecziun da creschids, sche las premissas legalas èn ademplidas. En la medema perioda è il dumber da persunal da la APUC dal Grischun s'augmentà per 14,8 % – da 45,4 equivalents a temp cumplain (FTE) l'onn 2016 a 52,1 FTE l'onn 2025.

Tar la dumonda 3: Cun l'augment dals dumbers da cas daventan las resursas persunalas da la APUC dal Grischun adina pli stgarsas. Quai po avair consequenzas tant per la durada d'elavuraziun sco er per l'elavuraziun dals cas. Las proceduras pon sa prolungar ed ins sto pli savens priorisar. Per famiglias, uffants e giuvenils pertutgads po quai signifitgar da stuair spetgar pli ditg, fin ch'igl è vegnì decidì davart las mesiras necessarias da la protecziun d'uffants. A medem temp resti la finamira da la APUC dal Grischun da far cun quità ils scleriments prescrits da la lescha sco er da garantir da tut temp la protecziun ed il sustegn dals uffants e giuvenils. Per che questa incumbensa possia vegnir ademplida en la qualidad necessaria er en cas ch'il dumber da cas crescha vinavant, dovri avunda resursas persunalas.

Tar la dumonda 4: Ina protecziun d'uffants efficazia, proporziunala ed economica da las autoritads premetta, ch'i stettian ordavant a disposiziun purschidas da sustegn

voluntaras d'ina qualitat e quantitat suffizienta. Talas purschidas simplas permettàn da sustegnair a temp uffants, giuvenils e famiglias e da prender per mauns difficultads, sche pussaivel, ordaifer ina procedura uffiziala. Uschia vegn rinforzà il princip da la subsidiaritat, tenor il qual mesiras uffizialas vegnan ordinadas pir, sche agids voluntars na bastan betg. Las purschidas da sustegn precedentas ch'èn vegnidas extendidas ils onns passads èn ina contribuziun impurtanta en quest connex. Latiers tutgan en spezial la lavur sociala da scola, las pedagogas ed ils pedagogs curativs da scola, ils telefons da cussegliaziun, ils posts da cussegliaziun per victimas, il servetsch da giuvenils da la Polizia chantunala, las cussegliaziuns regiunalas da geniturs sco er ulteriurs posts spezialisads. Questas purschidas sustegnan subsidiarmain numerus uffants, giuvenils e famiglias, avant ch'i daventa insumma necessari per la APUC dal Grischun d'intervegnir. Cunzunt en la Val dal Rain da Cuira èn questas purschidas da sustegn vegnidas extendidas considerablamain ils ultims onns. Senza questas purschidas da sustegn fiss il dumber d'annunzias da periclitaziun creschì anc pli fitg. A medem temp han bleras famiglias difficultads da chattar la purschida da cussegliaziun ch'è adattada per lur situaziun. Il grond dumber da purschidas cun designaziuns ch'èn per part sumegliantas e cun cumpetenzas che sa cruschen difficultescha l'orientaziun. Ultra da quai sa surpostan las situaziuns problematicas savens e las persunas pertutgadas na pon betg numnar cleramain ils motivs u il basegn da sustegn. In center da cussegliaziun integral per famiglias cun cumpetenzas cleramain definidas pudess perquai servir sco emprim post da consultaziun. El pudess far in'emprima valitaziun da la situaziun, sclerir la situaziun dal problem ensemen cun la famiglia e far in'emprima triascha. En cas da basegn vegnissan las famiglias u ils uffants pertutgads sco er ils giuvenils intermediads sistematicamain a posts spezialisads. In basegn d'agir exista en spezial en il sector da la cussegliaziun e dal sustegn en cas da conflicts concernent il dretg da visita. Ils geniturs pertutgads dovran a temp ina cussegliaziun svelta e lianta, avant che conflicts sa consolideschan e cronifitgeschan ed ils uffants vegnan uschia engrevgiads duraivlamain. In pussaivel exempel è il center per famiglias en separaziun a Berna. Ultra da quai exista en differents sectors che pertutgan il bainstar da l'uffant in basegn da purschidas da cussegliaziun e d'infurmaziun en la lingua naziunala resp. en la lingua materna respectiva da las famiglias pertutgadas. Mo uschia poi vegnir garantì, che las infurmaziuns vegnan chapidas e ch'i vegn effectivamain fatg diever da las purschidas da sustegn.



En num da la Regenza

Il president:

Martin Bühler

Il cancellier:

Daniel Spadin

Interpellanza Cahenzli-Philipp concernente gli avvisi di minaccia nella protezione dei minori

L'Autorità di protezione dei minori e degli adulti (APMA) dei Grigioni ha il mandato legale di proteggere i minori, gli adolescenti e gli adulti se a causa della loro età, di una malattia, di una disabilità o di una situazione di vita difficile non sono in grado di tutelare personalmente i propri interessi.

L'APMA adempie il proprio mandato procedendo all'accertamento di avvisi di minaccia, valutando la situazione personale delle persone interessate e, se necessario, disponendo misure di protezione adeguate.

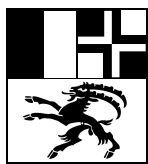
Nel conto annuale 2025 del Cantone, alla voce 3150 autorità di protezione dei minori e degli adulti, si rileva che il numero di nuovi avvisi di minaccia pervenuti nell'ambito della protezione dei minori ha raggiunto un nuovo record. Prosegue così una tendenza osservabile dei tempi della pandemia di coronavirus. Gli avvisi nell'ambito della protezione dei minori sono complessi, richiedono molto tempo, sono spesso urgenti e comportano un elevato bisogno di sostegno.

Le firmatarie e i firmatari chiedono al Governo di rispondere alle seguenti domande:

1. Come valuta il Governo l'evoluzione degli avvisi di minaccia nell'ambito della protezione dei minori?
2. Come si sono evoluti negli ultimi dieci anni il numero di avvisi di minaccia nell'ambito della protezione dei minori, il numero di casi evasi nonché le risorse finanziarie e di personale delle APMA?
3. Quali conseguenze ha l'aumento del numero di casi sui tempi di evasione e sulla qualità dell'elaborazione dei casi e cosa può comportare ciò per le famiglie?
4. Quali offerte di sostegno preventivo (ad es. accompagnamento familiare sociopedagogico) consentono di evitare costi conseguenti, individuando e attenuando tempestivamente le situazioni di minaccia?

Coira, 17 giugno 2026

Cahenzli-Philipp, Holzinger-Loretz, Haltiner, Atanes, Bachmann, Bardill, Baselgia, Beeli, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Cola, Danuser (Coira), Degiacomi, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Hoch, Kaiser, Kienz, Kreiliger, Maissen, Mazzetta, Messmer-Blumer, Müller, Nicolay, Oesch, Preisig, Rageth, Said Bucher, Schläpfer, Ulber, von Ballmoos, Zanetti Marion (Landquart), Zaugg-Ettlin, Zindel



Seduta del

25 agosto 2026

Comunicato il

27 agosto 2026

Protocollo n.

576/2026

Interpellanza Cahenzli-Philipp

concernente gli avvisi di minaccia nella protezione dei minori

Risposta del Governo

In merito alla domanda 1: tra il 2016 e il 2021 il numero di avvisi di minaccia pervenuti nell'ambito della protezione dei minori è rimasto perlopiù stabile. Dal 2021 si registra tuttavia un netto aumento. Nel 2021 sono pervenuti complessivamente 339 avvisi di minaccia, nel 2025 sono stati 523. Ciò corrisponde a un aumento del 54%. Questa evoluzione si ripercuote anche sull'onere lavorativo, poiché l'evasione di un caso di protezione dei minori richiede in media circa il 40 per cento di risorse in più rispetto a un caso di protezione degli adulti.

In merito alla domanda 2: vedi risposta alla domanda 1. Conformemente all'art. 446 CC, l'APMA è tenuta a esaminare e a elaborare d'ufficio ogni avviso di minaccia. In tutto il Cantone, circa la metà degli avvisi di minaccia sfocia nella disposizione di una misura da parte dell'autorità. Nello stesso periodo il numero di minori interessati da misure di protezione dei minori è rimasto pressoché invariato (+2 %). Ciò è riconducibile tra l'altro al fatto che, per legge, le misure di protezione dei minori terminano al raggiungimento della maggiore età oppure, se sono soddisfatti i presupposti di legge, vengono convertite in misure previste dal diritto in materia di protezione degli adulti. Nello stesso periodo l'organico dell'APMA dei Grigioni è aumentato del 14,8 per cento, passando da 45,4 equivalenti a tempo pieno (ETP) nel 2016 a 52,1 ETP nel 2025.

In merito alla domanda 3: con l'aumento del numero di casi, le risorse in termini di personale dell'APMA dei Grigioni si fanno sempre più limitate. Ciò può ripercuotersi sia sui tempi sia sulle modalità di evasione dei casi. Le procedure possono protrarsi e diventa sempre più necessario stabilire delle priorità. Per i bambini, gli adolescenti e le famiglie interessati ciò può significare tempi di attesa prolungati prima che venga presa una decisione in merito alle necessarie misure di protezione dei minori. L'obiettivo dell'APMA dei Grigioni rimane al contempo quello di svolgere con la dovuta accuratezza gli accertamenti prescritti dalla legge e di garantire in ogni momento la protezione e il sostegno dei bambini e degli adolescenti. Affinché tale mandato possa continuare a essere adempiuto con la qualità necessaria anche in caso di un ulteriore aumento del numero di casi, sono necessarie sufficienti risorse in termini di personale.

In merito alla domanda 4: una protezione dei minori da parte dell'autorità efficace, proporzionata ed efficiente sotto il profilo dei costi presuppone che siano disponibili,

in qualità e quantità sufficienti, offerte di sostegno su base volontaria alle quali sia possibile ricorrere prima dell'intervento dell'autorità. Queste offerte a bassa soglia consentono di sostenere tempestivamente bambini, adolescenti e famiglie e, per quanto possibile, di affrontare le difficoltà al di fuori di un procedimento delle autorità. In tal modo viene rafforzato il principio di sussidiarietà, secondo cui le misure delle autorità vengono disposte solo quando gli aiuti volontari non sono sufficienti. Le suddette offerte di sostegno potenziate negli ultimi anni forniscono un contributo importante in tal senso. Tra queste rientrano in particolare il lavoro sociale scolastico, i pedagogisti curativi scolastici, i servizi di consulenza telefonici, i servizi di consulenza alle vittime di reati, il servizio giovani della Polizia cantonale, i servizi di consulenza regionali per genitori, nonché altri servizi specializzati. Queste offerte sostengono in via sussidiaria numerosi bambini, adolescenti e famiglie prima che si renda necessario un intervento dell'APMA dei Grigioni. Negli ultimi anni, tali offerte di sostegno sono state potenziate in misura significativa in particolare nella Valle grigione del Reno. Senza di esse, il numero di avvisi di minaccia sarebbe aumentato in misura ancora maggiore. Al contempo, molte famiglie fanno fatica a trovare l'offerta di consulenza adatta alla loro situazione. Il gran numero di offerte, in parte con denominazioni simili e ambiti di competenza che si sovrappongono, rende difficile orientarsi. Inoltre, spesso le problematiche si sovrappongono e le persone interessate non sono in grado di indicare in modo chiaro le cause o il sostegno di cui necessitano. Perciò, il primo punto di riferimento potrebbe essere costituito da un consultorio familiare integrato con competenze chiaramente definite. Esso potrebbe procedere a una prima valutazione della situazione, chiarire la problematica insieme alla famiglia ed effettuare un primo triage. Se necessario le famiglie, i bambini e gli adolescenti interessati verrebbero indirizzati in modo mirato a servizi specializzati. Vi è necessità d'intervento in particolare nel settore della consulenza e del sostegno in caso di conflitti concernenti il diritto di visita. I genitori interessati necessitano tempestivamente di una consulenza rapida e vincolante, prima che i conflitti si consolidino e si cronicizzino, arrecando così un danno duraturo ai figli. Un possibile modello è il centro per famiglie in fase di separazione di Berna. Inoltre, in diversi settori riguardanti il bene del minore vi è la necessità di offrire consulenza e informazioni nella lingua nazionale o nella lingua madre delle famiglie interessate. Solo in questo modo è possibile garantire che le informazioni vengano comprese e che le offerte di sostegno vengano effettivamente sfruttate.



In nome del Governo

Il Presidente:

Martin Bühler

Il Cancelliere:

Daniel Spadin